

Presseinformation

28. August 2026 Seite 1 | 3

Gemeinsames Positionspapier von Fraunhofer-Gesellschaft und BDI

Innovationsfreiheit als Motor für die Industrie: Schnelle untergesetzliche Maßnahmen für den Technologietransfer gefordert

Deutschlands Forschungsstärke schafft nur dann dauerhaft Innovation, Wertschöpfung und technologische Souveränität, wenn politische und regulatorische Rahmenbedingungen den Transfer in die Industrie beschleunigen. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Innovationsfreiheitsoffensive soll den Transfer von Forschung in industrielle Wertschöpfung vorantreiben und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit stärken. In einem gemeinsamen Positionspapier fordern die Fraunhofer-Gesellschaft und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) daher eine zügige Umsetzung – insbesondere durch untergesetzliche Regelungen.

Prof. Holger Hanselka, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, erklärt: »Deutschlands Innovationskraft steht im internationalen Wettbewerb auf dem Spiel. Wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen, reicht es nicht, nur exzellent zu forschen – wir müssen wissenschaftliche Erkenntnisse viel schneller in industrielle Wertschöpfung überführen. Genau hier setzt die Innovationsfreiheitsoffensive an, die wir als zentrales industriepolitisches Wettbewerbsinstrument begreifen. Unser gemeinsames Positionspapier mit dem BDI macht deutlich: Statt immer neue Gesetze zu schaffen, sollten wir die bestehenden Chancen für untergesetzliche Regelungen nutzen und so unmittelbar für Entlastung sorgen.« Es gelte, so Hanselka weiter, die bürokratischen Hürden entlang des gesamten Innovationspfads abzubauen und mehr Freiräume für Forschung und Industrie zu schaffen, damit neue Technologien in Deutschland skalieren können. »Technologische Souveränität ist kein Solo – sie entsteht, wenn Wissenschaft, Industrie und Politik ihre Kräfte bündeln.«

In ihrem gemeinsamen Positionspapier zeigen Fraunhofer-Gesellschaft und BDI konkrete Handlungsempfehlungen und schnell umsetzbare untergesetzliche Regelungen auf, um den Innovationsstandort Deutschland zu stärken und die Technologieführerschaft zu sichern.

Innovationsfreiheit als Wettbewerbsprogramm

Ob Innovationen in Deutschland skaliert werden und wirtschaftliche Wirkung entfalten, hängt maßgeblich von den regulatorischen Rahmenbedingungen ab. Das Innovationsfreiheitsgesetz ist ein entscheidendes Wettbewerbsinstrument, um wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und technologische Souveränität zu überführen.

Exzellente Forschung allein reicht nicht aus – entscheidend ist, was daraus entsteht. Viele Hebel liegen dabei nicht in neuen, zusätzlichen Förderprogrammen, sondern im untergesetzlichen Bereich: Verfahren müssen vereinfacht, Regeln modernisiert, Zuständigkeiten geklärt und Förderbedingungen harmonisiert werden.

28. August 2026 Seite 2 | 3

Exzellente Forschung zählt – ihre Wirkung entscheidet

Innovationspolitischer Erfolg bemisst sich nicht allein an Publikationen oder technologischer Exzellenz. Entscheidend ist, ob daraus industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Technologieführerschaft in Deutschland entstehen. Dafür muss der gesamte Innovationspfad funktionieren – von der Forschung über Demonstration und Pilotierung bis zur industriellen Skalierung.

Das »Valley of Death« überwinden

Zwischen Forschungserfolg und industrieller Skalierung gehen heute Zeit und Innovationspotenzial verloren. Um dieses »Valley of Death« zu überwinden, benötigen Forschungseinrichtungen Freiräume für Demonstratoren, Pilotanlagen sowie begrenzte Null- und Kleinserien, solange die Industrie noch keine ausreichenden Produktionskapazitäten aufgebaut hat. Dies beschleunigt die Marktvalidierung, reduziert Entwicklungsrisiken für Unternehmen und erleichtert die Übernahme neuer Technologien. Flankierend bedarf es einer nationalen IP(Intellectual Property)-Strategie sowie eines nationalen Technologiemonitorings, um globale Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und strategische Entscheidungen abzuleiten.

Geschwindigkeit als Standortfaktor

Langwierige Förderverfahren, unterschiedliche Regeln von Bund und Ländern sowie Medienbrüche bremsen Innovation. Die »Time-to-Grant« muss konsequent verkürzt, Förderbedingungen müssen standardisiert und End-to-End digitalisiert werden. Forschung und Unternehmen sollen mehr Zeit für Innovation und weniger für Administration aufwenden. Auch forschungs- und innovationsrelevante Datennutzungen sind im bestehenden europäischen Rahmen durch einheitliche Auslegung, Standardverfahren und rechtssichere Erprobungsräume deutlich zu erleichtern, etwa für KI-Anwendungen und Gesundheitsdaten.

Schulterschluss von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik

Innovationsfreiheit gelingt nur im gemeinsamen Handeln. Wissenschaft schafft technologische Möglichkeiten, Unternehmen bringen sie in den Markt, und die Politik muss die rechtssicheren Rahmenbedingungen schaffen. Mit der zügigen Umsetzung der vorgeschlagenen untergesetzlichen Maßnahmen lässt sich ohne neuen Finanzbedarf erhebliche wirtschaftliche Dynamik freisetzen und der Innovationsstandort Deutschland nachhaltig stärken. Innovationspolitischer Erfolg bemisst sich künftig vor allem an einer Verkürzung der »Time-to-Market«.

Zum Positionspapier »Forschung und Transfer als Motor für Deutschlands Industrie«: [Wissenschaftspolitik](#)



28. August 2026 Seite 3 | 3

Abb. 1 Prof. Holger Hanselka, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft
© Fraunhofer / Stefan Obermeier

Die Fraunhofer-Gesellschaft mit Sitz in Deutschland ist eine der führenden Organisationen für anwendungsorientierte Forschung. Im Innovationsprozess spielt sie eine zentrale Rolle – mit Forschungsschwerpunkten in zukunftsrelevanten Schlüsseltechnologien und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die Industrie zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts und zum Wohle unserer Gesellschaft. Die 1949 gegründete Organisation betreibt in Deutschland derzeit 74 Institute und Forschungseinrichtungen. Die rund 30 000 Mitarbeitenden, überwiegend mit natur- oder ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung, erarbeiten das jährliche Finanzvolumen von 3,6 Mrd. €. Davon fallen 3,2 Mrd. € auf den Bereich Vertragsforschung.

Kontakt

Ansprechpersonen

Monika Landgraf

Fraunhofer-Gesellschaft, München
Direktorin Unternehmens-
kommunikation
Tel. +49 89 1205-1333
presse@zv.fraunhofer.de

www.fraunhofer.de

